

WP-06

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW. STADT. LAND. HEIMAT.

1 Kommunen und Regionen: Starkes Fundament für NRW

2 Unsere Kommunen und Regionen sind das Fundament unseres Landes, die Keimzellen un-
3 serer Demokratie und größtenteils verantwortlich für die Daseinsvorsorge. Auf der kom-
4 munalen Ebene werden Entscheidungen getroffen, die das alltägliche Lebensumfeld der
5 einzelnen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar prägen. Unsere Regionen prägen das Hei-
6 matgefühl der Menschen, im Rheinland, im Ruhrgebiet und in den ländlichen Räumen.

7 Deshalb gehört es zu unseren wichtigsten Aufgaben, dieses Fundament zu stärken, für
8 lebenswerte und lebendige Kommunen zu sorgen und unseren Regionen beim Zusam-
9 menwachsen zu helfen.

10 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

11 Die Zeit der Grünen Regierungsbeteiligung in NRW hat sich für die Kommunen ausgezahlt:
12 Die Städte und Gemeinden in NRW sind seit Regierungsantritt im Jahr 2010 finanziell mas-
13 siv unterstützt worden, die Zuweisungen für die Kommunen verbuchen Jahr für Jahr neue
14 Rekordwerte. Betrogen sie im letzten Jahr der 2010 abgewählten schwarz-gelben Lan-
15 desregierung noch unter 7,6 Milliarden Euro, stellen wir den Kommunen in diesem Jahr
16 GFG-Mittel in einer Höhe von fast 10,6 Milliarden Euro zu Verfügung– ein Plus von fast
17 39 Prozent in nur 7 Jahren. Mittlerweile geht jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt an
18 die Kommunen.

19 Mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist es uns gelungen, überschuldeten und von Über-
20 schuldung bedrohten Kommunen einen Weg aus ihrer Krise zu weisen. Hierfür werden
21 ihnen insgesamt über 5,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug sind die
22 betroffenen Kommunen in der Verantwortung manchmal auch schmerzhaften Sanierungs-
23 kurs einzuschlagen. Ihnen werden umfangreiche Hilfen zur Selbsthilfe an die Hand gege-
24 ben, damit sie kurz- bis mittelfristig das Ziel der Haushaltssanierung erreichen können

25 und so wieder handlungsfähig werden. Uns ist dabei bewusst, dass der Stärkungspakt nur
26 ein zeitlich befristetes Instrument sein kann. Langfristig sind die betroffenen Städte und
27 Gemeinden nach Erreichen des Haushaltsausgleichs in der Verantwortung, selbstständig
28 und ohne Landeshilfen dauerhaft ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten.

29 Durch diese Maßnahmen ist es uns gelungen, die angespannte Haushaltssituation der
30 Kommunen deutlich zu verbessern. Befanden sich beim Regierungswechsel noch 138
31 Kommunen im Nothaushalt, so waren Anfang 2016 nur noch neun Kommunen in der vor-
32 läufigen Haushaltsführung. Durch die dritte Stufe des Stärkungspaktes profitieren auch
33 jene Kommunen, deren Haushaltsnotlagen erst nach Beginn des Stärkungspaktgesetzes
34 im Jahre 2011 eingetreten sind.

35 Damit ist uns die Stabilisierung der Kommunalfinanzen auch ohne ausreichende Unterstüt-
36 zung der Bundesregierung gelungen. Allerdings wollen wir und darf sich NRW auf diesen
37 Erfolgen keinesfalls ausruhen.

38 Denn die Basis für ausreichende Investitionen fehlt in den Kommunen weiter. Daher haben
39 wir unsere Investitionsoffensive „Gute Schule 2020“ gestartet. Um Schulgebäude instand
40 zu setzen, Sporthallen zu sanieren oder die digitale Infrastruktur der Schulen zu verbes-
41 sern, haben wir insgesamt zwei Milliarden Euro bereitgestellt, von denen alle Kommunen
42 in NRW profitieren – ohne einen Eigenanteil aufbringen zu müssen.

43 **Kommunen weiter stärken**

44 Unsere Kommunen stehen auch in der Zukunft vor großen Herausforderungen. Dafür brau-
45 chen sie Unterstützung, um im Sinne der Menschen tätig werden zu können. Ein wichtiger
46 Schritt dafür ist die Ertüchtigung ihrer Infrastruktur, die oftmals in die Jahre gekommen
47 ist, aus finanziellen Gründen vernachlässigt wurde und in vielen Fällen den aktuellen Be-
48 dürfnissen nicht mehr entspricht.

49 Deshalb wollen wir das Programm „Gute Schule 2020“ fortführen und die Kommunen bei
50 Investitionen unterstützen, damit sie Schulen und Turnhallen für die Zukunft fit machen
51 und die digitale Agenda 4.0 in den Schulen umsetzen können. Auch über das Jahr 2020
52 hinaus streben wir die Stabilisierung der Investitionstätigkeit insbesondere in den Kom-
53 munen an.

54 Interkommunale Zusammenarbeit ist in vielen kommunalen Aufgabenbereichen sinnvoll
55 und effizienzsteigernd. Gerade in Zeiten von demografisch bedingter abnehmender Ge-
56 meindegrößen sollte sie ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für ländliche und klei-
57 nere Kommunen. Mit der Novellierung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit
58 (GkG) haben wir in der vergangenen Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für ei-
59 nen weiteren Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit geschaffen.

60 Außerdem ist es auch auf unseren Druck hin gelungen, eine bundesgesetzliche Änderung
61 umzusetzen, dass Beistandsleistungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
62 nicht mehr der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Diese Regelung erleichtert die interkom-
63 munale Zusammenarbeit für die Kommunen erheblich.

64 Zukünftig wollen wir weitere Anreize setzen, dass Kommunen ihr Flächenmanagement
65 vermehrt interkommunal absprechen. Außerdem wollen wir ein aktives Beratungsange-
66 bot für die Kommunen ausbauen und sicherstellen. Die landesseitigen Förderprogramme
67 sollen Anreize zu verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit schaffen.

68 Die Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Regionen ist für ein großes Land wie
69 unseres von besonderer Bedeutung.

70 **Kommunen und Regionen – das wollen wir GRÜNE**

- 71 • Kommunale Infrastruktur ertüchtigen
- 72 • Interkommunale Zusammenarbeit erleichtern.

73 **Städtebau, Stadtökologie und Wohnen**

74 Insgesamt sind in den letzten zehn Jahren in Deutschland zu wenige Wohnungen ge-
75 baut worden. Auf NRW bezogen sehen die aktuellen Bedarfe so aus, dass in den nächsten
76 Jahren allein 200.000 Wohnungen benötigt werden. Durch Koordinierungsanstrengungen
77 könnten 80.000 Leerstände aktiviert werden. Viele Wohnungsmärkte, insbesondere in den
78 wachsenden Regionen, sind extrem angespannt. Ein weiteres Problem ist, dass der Neu-
79 bau an öffentlich gefördertem Wohnraum bei weitem nicht reicht, die aus der Preisbindung
80 fallenden Wohnungen zu kompensieren. Die Wohnraumförderung richtet sich schon heute
81 an breite Bevölkerungsschichten: zwischen 40 und 50 Prozent aller Haushalte in NRW (80
82 Prozent der „Rentnerhaushalte“) sind Zielgruppe. Die Marktspannung nimmt erheblich zu
83 und die Nachfrage, insbesondere nach kleinen, altersgerechten, barrierefreien und preis-
84 günstigen Mietwohnungen kann nicht befriedigt werden. Eine zusätzliche Veränderung
85 bei der Nachfrage erfahren die Menschen durch die Flüchtlinge, die im unteren Preisseg-
86 ment Wohnraum suchen. Die Frage der Versorgung mit angemessenem Wohnraum wird
87 gerade in NRW zu einer der zentralen Gerechtigkeitsfragen werden.

88 Auch der öffentliche Raum unterliegt einem tiefgreifenden Wandel: Der Online-Handel
89 revolutioniert den Einzelhandel. In den Einkaufsstraßen und –nimmt die Gastronomie zu.
90 Doch der öffentliche Raum umfasst auch die Parks, Grünflächen und sonstige Bewegungs-
91 räume. Vielerorts entstehen mit Wohnprojekten, urbanem Gärtnern, Repair-Cafés etc. neue
92 gemeinwohlorientierte Initiativen, die Städte gemeinschaftlich entwickeln wollen. Das
93 Recht auf Stadt wird in die eigene Hand genommen.

94 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

95 Wir haben viel dafür getan, unsere Städte sozial und vielfältig zu gestalten. Die erhal-
96 tende Stadterneuerung ist wesentlich für Stadtentwicklungspolitik. Hierbei stehen die
97 Quartiere im Blickpunkt. Wir haben die integrierten Konzepte der Stadtentwicklungspoli-
98 tik und –intensiviert sowie Strategien und Planungshinweise für das urbane Grün in der
99 Stadtentwicklung auf den Weg gebracht. Wir haben Unterstützungsangebote für das urba-
100 ne Gärtnern erarbeitet. Die Stadtentwicklung ist zusammen mit „Grünen Infrastrukturen“

101 vom Quartier bis zur Region ein Schwerpunkt der europäischen Förderprogramme, die in
102 Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden. Mit der Neuausrichtung des Bau- und Liegen-
103 schaftsbetriebs des Landes haben wir die Weichen für einen ökologisch und baukulturell
104 vorbildlichen Landesbauherrn gestellt. Die Landesbauordnung wurde umfassend novel-
105 liert, so dass die Verfahren vereinfacht, das Bauen mit Holz deutlich erleichtert und die
106 Nahmobilität gestärkt wurde. Barrierearme Wohnungen werden nun Standard. Mit dem
107 neuen Wohnungsaufsichtsgesetz ist ein starkes Instrument gegen Geschäfte mit „Pro-
108 blemimmobilien“ geschaffen worden. Durch die Mehrjährigkeit bei gleichzeitiger Aufsto-
109 ckung der Programmsumme um 300 Million auf 1,1 Milliarden Euro jährlich sowie inhalt-
110 licher Schwerpunktsetzungen (Quartiersentwicklung, sozialer Wohnungsbau, Wohnraum
111 für Flüchtlinge, energetische Sanierungen, Schaffung von Barrierefreiheit und Erwerb von
112 Wohneigentum) und weiterer Anreize (z.B. Tilgungsnachlässe), konnte auch während ei-
113 ner Niedrigzinsphase die soziale Wohnraumförderung zukunftsfähig und nachhaltig aus-
114 gerichtet werden. Das Programm zeigt erste Erfolge, es wurden deutlich mehr öffentlich-
115 geförderte Wohnungen gebaut, allein in 2015 stieg die Anzahl der genehmigten Wohnun-
116 gen um über 30%.

117 Das „Bündnis für Wohnen“ wirkt auf Initiative des Landes zur Intensivierung des Woh-
118 nungsbaus. Die Mietpreisbremse ist eingeführt und der Verkauf von Landesgrundstücken
119 zu Gunsten des sozialen Wohnungsbau und an Baugemeinschaften deutlich verbessert
120 worden. Wir haben Kommunen bei der Neugründung von kommunalen Wohnungsgesell-
121 schaften unterstützt. Kurz: Wir haben die Stadt schöner, klimagerechter und sozialer ge-
122 macht.

123 **Bezahlbarer Wohnraum// Wohnraum für alle**

124 Aus Grüner Sicht gilt es das Spannungsverhältnis zwischen bezahlbarem Wohnraum auf
125 der einen Seite und energetischen, baulichen und ökologischen Anforderungen und dem
126 Flächenverbrauch auf der anderen Seite aufzulösen. Diese Aufgabe wollen wir mit einer
127 Neugestaltung der Wohnraumförderung angehen, die bezahlbaren Wohnraum für alle Be-
128 völkerungsgruppen – auch in stark wachsenden Regionen und Städten in NRW – ermög-
129 licht. Hierzu wollen wir die erheblichen Landesmittel weiterhin einsetzen und die Kom-
130 munen und Wohnungsbaugesellschaften unterstützen. Die vom Bund gezahlten Mittel zur
131 Wohnungsbauförderung müssen aufgestockt werden.

132 Nach jahrzehntelangem Wachstum der Wohnfläche pro Kopf brauchen wir einen flächen-
133 sparenden Städte- und Wohnungsbau. Deshalb wollen wir die Kommunen beim Aufbau
134 von Beratungsnetzwerken unterstützen, die in Fragen der energetischen Fassadenmo-
135 dernisierung, der Schaffung zeitgemäßer und flexibler Wohnungsgrundrisse, dem Ange-
136 bot günstiger Flächen im Rahmen der kommunalen Liegenschaftspolitik, dem Umzugs-
137 management für nicht mehr nachgefragte zu große Wohnungen oder bei Wohnpartner-
138 schaften beraten. In Innenstädten sollten auch die Möglichkeiten der Aufstockung geprüft
139 werden. Bei Nachverdichtungen im Innenbereich sollen Kommunen bei dem Aufbau von
140 Leerstandskatastern unterstützt werden, denn für uns gilt der Grundsatz Innen- vor Außen-
141 bebauung.

142 Wir setzen uns für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein: Wir wollen Wohnungen för-
143 dern, die sich junge Familien, Menschen mit wenig Einkommen oder Studierende auf Dauer
144 leisten können. Dabei setzen wir auf Vielfalt, Nachhaltigkeit und Transparenz. Wie wollen
145 eine Vielzahl von Akteuren am Wohnungsmarkt, die Wohnungen mit langen Sozialbindun-
146 gen bereitstellen.

147 In Städten mit einer Mietpreisbremse werden wir Zweckentfremdungssatzungen verbind-
148 lich machen. Engagierte Wohnungsgenossenschaften wollen wir mit einem regelmäßigen
149 Genossenschaftspreis unterstützen. Im Bundesrat wollen wir uns für eine Verbesserung
150 der Wirksamkeit der Mietpreisbremse einsetzen, damit die Mieterinnen und Mieter auch
151 zu Ihrem Recht auf bezahlbare Wohnraum kommen.

152 Die allermeisten Menschen wollen im Alter möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld
153 oder ihrer Wohnung leben. Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie sich Wohnungen in
154 der gewohnten Umgebung so anpassen lassen, dass sie lebenswert und barrierearm sind.
155 Gleichzeitig müssen mögliche Mietsteigerungen durch den Umbau aufgefangen werden.
156 Darüber hinaus setzen wir auf Quartierskonzepte, die es ermöglichen, dass verschiedene
157 Generationen gemeinsam zusammen leben und in ihrem Wohnumfeld über direkten Zu-
158 gang zu allen Einrichtungen des täglichen Bedarfs verfügen. Neben den sozialen Aspek-
159 ten muss es auch gelingen, die weitere Infrastruktur in eine quartiersweise Betrachtung
160 mit einzubeziehen; beispielsweise was die Energieversorgung angeht oder auch beson-
161 dere Wohnbedürfnisse wie rollstuhlgerechte Wohnungen oder eine fußläufige Nahversor-
162 gung.

163 Ökologische Quartiersentwicklung// Grüne Städte und lebendige 164 Quartiere

165 Wir wollen grüne Städte. Parks und andere Grün- und Freiflächen oder Fassadenbegrün-
166 nungen brauchen wir für frische Luft, Geselligkeit und als kühlende Flächen in Zeiten des
167 Klimawandels. Wir werden die Kommunen finanziell und beratend unterstützen, um ihre
168 grünen Infrastrukturen zu entwickeln und urbane Parklandschaften, Gärten und Schreber-
169 gärten zu erhalten und zu entwickeln. Die Städtebauförderung werden wir mit Qualitäts-
170 ansprüchen zur grünen Stadt verbinden. Die bestehenden Förderprogramme des Landes
171 NRW müssen wir weiter optimieren, attraktivieren und verknüpfen.

172 Wir werden uns für starke und lebendige Quartiere einsetzen. In diesem Sinne wollen wir
173 die Kommunen dabei unterstützen, durch eine gezielte Planungs- und Bodenpolitik zur
174 ökonomischen und bürgerschaftlichen Belebung ihrer Quartiere beizutragen. Wir wollen
175 auch Unterstützung anbieten, damit Prozesse des bürgerschaftlichen Engagements und
176 des Quartiersmanagements einfacher und effektiver werden. Baugemeinschaften wollen
177 wir noch intensiver unterstützen.

178 Mit Wettbewerben werden wir Baukultur vor Ort etablieren und unterstützen. Den Bau-
179 und Liegenschaftsbetrieb wollen wir als Vorbild einer ökologischen Stadtbaukultur fort-
180 entwickeln. Wir wollen das subjektive Sicherheitsempfinden von Frauen und Mädchen,
181 aber auch älteren Menschen und Kindern stärken. Sogenannte „Angsträume“, also öffent-
182 liche Orte wie Tunnel, Bahnhöfe, aber auch Parks, schlecht einsehbare und ausgeleuchtete

183 Bereiche sowie reine Geschäfts- und Gewerbegebiete, die abends und nachts menschen-
184 leer sind, wollen wir durch eine entsprechende Stadtplanung aufwerten. Wir wollen öf-
185 fentliche Räume für alle Menschen nutzbar machen.

186 Außerdem werden wir uns für einen lebendigen Einzelhandel vor Ort einsetzen, indem
187 wir die Plattformen unterstützen, mit denen lokale Unternehmen von den Vorteilen des
188 Internethandels profitieren können.

189 **Urban Gardening //Urban Gardening weiter fördern**

190 Urban Gardening kommt in den Städten eine besondere Bedeutung zu, da nicht nur Brach-
191 flächen sinnvoll genutzt werden können, sondern auch die soziale und ökologische Be-
192 deutung eine neue Belebung in Quartiere bringt. Menschen engagieren sich vor Ort, das
193 Mikroklima verbessert sich und die Stadt wird wahrnehmbar grüner. Das Land kann diese
194 Bewegung und den Prozess durch Vernetzungsangebote und ein niederschwelliges För-
195 derprogramm unterstützen.

196 **Bauen mit Holz // Holzbau land NRW**

197 Das Thema Bauen mit Holz sollte auch über die Novelle der Landesbauordnung hinaus
198 weiter verfolgt und durch die fachliche und wissenschaftliche Begleitung weiterentwickelt
199 werden. Hier kann die Schaffung eines Holzbaupreises des Landes NRW beitragen. In den
200 nächsten Jahren muss die Landesbauordnung noch einmal entsprechend nachbessert und
201 angepasst werden.

202 NRW ist nach Baden-Württemberg und Bayern das drittgrößte „Holzbau land“, gleichwohl
203 sind in NRW in den Jahren 2010 bis 2012 nur 11,6 Prozent der Baugenehmigungen für Ge-
204 bäude (Mehr- und Einfamilienhäuser) mit Holz als überwiegendem Baustoff erteilt worden.
205 In Baden-Württemberg wird aktuell mehr als jeder vierte Bauantrag für einen Holzbau ge-
206 stellt, der Bundesdurchschnitt lag immerhin bei über 18 Prozent. Insbesondere im Bereich
207 der Mehrfamilienhäuser gibt es noch erheblichen Verbesserungsbedarf bei den rechtlichen
208 Regelungen. Wirtschaftlich betrachtet ist die „Holzbranche“ mit rund 180.000 Beschäftig-
209 ten und einem Jahresumsatz von rund 38 Mrd. Euro eine bedeutende Branche. Viele dieser
210 Unternehmen sind allerdings im Holzbau außerhalb von NRW tätig.

211 **Städtebau, Stadtökologie und Wohnen – das wollen wir GRÜNE**

- 212 • die Entwicklung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
- 213 • eine erneuerte Städtebauförderung in Verbindung mit einer ökologischen und sozia-
214 len Quartiersentwicklung
- 215 • eine Neugestaltung der Wohnraumförderung, die bezahlbaren Wohnraum ermög-
216 licht
- 217 • die Landesbauordnung ändern und einen Holzbaupreis für NRW vergeben.

218 Ländliche Räume // Land macht erfinderisch

219 Nordrhein-Westfalen ist nicht allein Industrieland, sondern auch ländlicher Raum. Auf dem
220 Land lebt rund ein Drittel der Bevölkerung unseres Bundeslandes. 75 Prozent Landesfläche
221 wird land- und forstwirtschaftlich genutzt. Damit sind wir nach Bayern und Niedersachsen
222 der drittstärkste Agrarstandort in Deutschland. Unsere Ländlichen Räume sind bedeutende
223 Wirtschaftsregionen im Grünen. Hier erzeugen viele Industrieunternehmen, Handwerker
224 *innen, Dienstleister*innen und Landwirt*innen eine hohe Wertschöpfung, verbunden mit
225 der Schaffung und Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze.

226 Die ländlichen Räume sind besonders sensibel für demografische Veränderungen. Die
227 Menschen werden älter. Junge, gut ausgebildete Menschen zieht es in die Stadt – ein
228 Bevölkerungsrückgang, der unmittelbar auf die Wirtschaftsentwicklung, Erwerbsmöglich-
229 keiten und die Lebensqualität durchschlägt und die Infrastruktur etwa im Bereich von Bil-
230 dung und Gesundheit vor ernste Herausforderungen stellt.

231 Andererseits gibt es wichtige „weiche“ Standortfaktoren, die zugunsten der ländlichen
232 Räume und ihrer Zukunft sprechen: attraktive Produktionsbedingungen und eine stabi-
233 le wirtschaftliche Struktur, niedrige Arbeitslosenquoten, günstige Grundstückspreise, ein
234 hohes Bildungsniveau und hochwertiges Wohnumfeld. Menschen auf dem Land leben dort,
235 wo andere Urlaub machen. Weitere Pluspunkte sind eine ausgeprägte regionale Identität,
236 starker Bürgersinn und Bürgernähe: Man kennt sich.

237 Ländliche Räume sind Orte der Sehnsucht. Geschätzt werden die hohe Verbindlichkeit des
238 Zusammenlebens, die Betonung lokalen und regionalen Wirtschaftens, Entschleunigung,
239 Transparenz bei Herkunft und Herstellung von Lebensmitteln und Konsumartikeln, Selbst-
240 verantwortung und Anpackkultur. Die Natur wird als Schatz vor unserer Haustür wahrge-
241 nommen.

242 Wir wollen Lust aufs Land machen. Dabei lassen wir uns nicht von der üblichen Verfalls-
243 perspektive leiten, die überall nur Dorfsterben und Tristesse wittert, sondern setzen auf
244 die Zukunft unserer Ländlichen Räume. Dafür haben wir gearbeitet und werden das auch
245 in Zukunft tun.

246 **Vieles erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

247 Wir verbinden ökologische, ökonomische und soziale Aspekte: Ökologisch stehen der Er-
248 halt unserer Natur- und Kulturlandschaften, Natur- und Umweltschutz und eine nachhal-
249 tige Kommunalentwicklung im Mittelpunkt; ökonomisch zielen wir auf die Stärkung der
250 Industrieregionen im Grünen, der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), der Ener-
251 giewende, der Forst- und Landwirtschaft, der Land- und Ernährungswirtschaft, des Tou-
252 rismus und der Informationstechnologie. Sozial-zivilgesellschaftlich geht es uns um die
253 Sicherung der Nahversorgung, der Gesundheitsinfrastruktur, Bildung, Integration, der För-
254 derung bürgerschaftlichen Engagements und der interkommunalen Zusammenarbeit und
255 Vernetzung.

256 Wir haben die Benachteiligung von NRW gegenüber anderen Bundesländern bei der Ver-
257 teilung von EU-Agrarmitteln deutlich verringern können und erreicht, dass Mittel in die

258 sogenannte zweite, auf die Entwicklung der ländlichen Räume ausgerichtete Säule um-
259 geschichtet wurden. Mit den so gewonnenen zusätzlichen Geldern und zusätzlicher Kofi-
260 nanzierung durch das Land haben wir durch unser NRW-Programm 2014-2020 die lokalen
261 Akteure gestärkt und die Zahl der LEADER-Regionen zur Unterstützung regionaler Akti-
262 onsgruppen von vorher 12 auf 28 massiv erweitert. Zusätzlich fördern wir zehn weitere
263 Regionen aus Landesmitteln mit dem Programm VITAL.NRW. In den vielen lokalen Akti-
264 onsgruppen (LAGen) wird unter Beteiligung der Bürger*innen entschieden, welche Maß-
265 nahmen die besten für die jeweilige Region sind. Partizipation ist ein Markenzeichen un-
266 serer Politik – gerade auch in unseren Ländlichen Räumen. Wir setzen uns dafür ein, dass
267 spätestens in der nächsten Förderperiode die immer noch vorhandene Bevorzugung ande-
268 rer Bundesländer bei der Mittelverteilung weiter abgebaut und noch deutlich mehr Mittel
269 von der 1. in die 2. Säule umgeschichtet werden, damit die Stärkung der Zivilgesellschaft
270 durch regionale und lokale Akteure weiter ausgebaut werden kann.

271 **Ehrenamt und Engagement stärken // Auf die Menschen kommt** 272 **es an**

273 Zukunftsfähige ländliche Räume leben von aktiven, kreativen und selbstbewussten Bür-
274 ger*innen. Stärker noch als urbane Zentren steht oder fällt die Vitalität der ländlichen
275 Räume mit Menschen, die es schaffen, wirtschaftliche und soziale Belange miteinander zu
276 verknüpfen. Hierbei spielen traditionelle Werte wie Familie und Bodenständigkeit, Heimat
277 und Ehrenamt, Vereinsleben und Religion als Identifikations- und Stabilitätsfaktoren eine
278 bedeutende Rolle. Wir setzen auf die Menschen. Politik Ländlicher Räume ist „Politik von
279 unten“. Deshalb wollen wir das bürgerschaftliche Engagement stärken, die Mitwirkungs-
280 möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen fördern und uns für die bessere Vereinbarkeit
281 von Familie und Beruf einsetzen. Das Vereinsleben und die freiwilligen Feuerwehren sind
282 wichtige Säulen in unseren ländlichen Räumen, die wir stärken wollen.

283 **Bildung in ländlichen Räumen// Gute Bildung – starkes Dorf**

284 Die Zukunft ländlicher Regionen hängt von starken Bildungsinstitutionen vor Ort ab. Des-
285 halb setzen wir auf ein wohnortnahes Bildungsangebot in hoher Qualität und allen Berei-
286 chen der schulischen, betrieblichen und außerschulischen Bildung und Qualifizierung.

287 **Vielfalt vor Ort// Ländliche Räume sind bunt**

288 Ländliche Räume in NRW sind bunt – das bejahen und unterstützen wir. Seit Jahrzehnten
289 leben und arbeiten Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung in
290 ländlichen Regionen. Viele Menschen und Familien sind fest in ihren Städten und Gemein-
291 den verwurzelt und wollen die Entwicklung des ländlichen Lebensraums jetzt und für die
292 kommenden Generationen mitgestalten. Zu uns fliehende Menschen stellen die Kommu-
293 nalverwaltungen und -politik auch auf dem Land vor große Herausforderungen, die wir
294 nicht leugnen. Aber gerade in den Ländlichen Räumen bedeuten Menschen, die bei uns

295 Zuflucht suchen, auch eine Chance, Schrumpfungprozesse abzumildern oder umzukeh-
296 ren.

297 Wir wollen die Vielfalt auf dem Land erhalten: die Vielfalt an Natur- und Kulturlandschaf-
298 ten, die Vielfalt der Lebensformen, die Vielfalt der Dörfer und Gemeinden. Dabei wird es
299 zukünftig verstärkt auf die interkommunaler Zusammenarbeit ankommen, wie etwa die
300 gemeinsame Nutzung von kommunalen Dienstleistungen, Ver- und Versorgungsstruktu-
301 ren sowie kulturellen Einrichtungen und Sportstätten. So können Kommunen entlastet
302 und zugleich ein umfangreiches Angebot für die Menschen in den ländlichen Räumen ge-
303 sichert werden.

304 **Naturerbe erhalten// Die Natur – Schatz vor unserer Haustür**

305 Wir schützen unser wertvolles Naturerbe, den Schatz vor unserer Haustür. Zur Zeit sind
306 in NRW etwa 45 Prozent der beobachteten Tier- und Pflanzenarten gefährdet, vom Aus-
307 sterben bedroht oder bereits ausgestorben. Die intensive Bewirtschaftung landwirtschaft-
308 licher Flächen, der weiterhin kritische Zustand der Gewässer und der fortschreitende Flä-
309 chenverbrauch sind wesentliche, hausgemachte Ursachen für das fortschreitende Arten-
310 sterben in NRW. Seit 1996 sind in NRW insgesamt 950 qkm Acker- und Weideflächen durch
311 andere Flächennutzung verloren gegangen. Der Flächenverbrauch ist eines der größten
312 Probleme in vielen ländlichen Räumen. Landwirtschaftliche Nutzfläche geht verloren,
313 Erholungs- und Lebensräume werden zerstört und zerschnitten, der Wasserhaushalt ge-
314 stört und Tieren und Pflanzen der Lebensraum entzogen sowie die Kulturlandschaft ver-
315 ändert. Flächenerhalt ist angesichts immer knapper werdender und dadurch steigender
316 Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen auch ökonomisch ein Muss. Natur
317 ist ein Wert an sich, aber zugleich auch ein harter Standortfaktor, den wir nachhaltig schüt-
318 zen und nutzen wollen.

319 **Impulsregionen// Industrieregionen im Grünen**

320 Die ländlichen Räume sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in NRW. Wir haben in den
321 ländlichen Räumen prozentual mehr Industriearbeitsplätze als im Ruhrgebiet. Teilweise
322 sind über 50 Prozent der Arbeitsplätze industrielle Arbeitsplätze – das ist eine Besonder-
323 heit unseres Bundeslandes. In der Landwirtschaft geht der Trend weg vom Vollerwerb zum
324 Nebenerwerb. Verschärfter Konkurrenzdruck entsteht durch die Globalisierung der Agrar-
325 märkte. Der Preisdruck nimmt zu. Zugleich verzeichnen wir eine steigende Nachfrage nach
326 biologisch hochwertigen, gentechnikfreien, regionalen Nahrungsmitteln.

327 Rund 18.000 Unternehmen der Forstwirtschaft, des Holzhandwerks und der Säge- und
328 Möbelindustrie erwirtschaften mit etwa 180.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von
329 rund 40 Mrd. Euro. Ländliche Räume sind vielfach Impulsgeber für die kommunale En-
330 ergiewende. Nicht zufälligerweise sind die ersten Orte in NRW, die sich die vollständige
331 Selbstversorgung mit Energie zum Ziel gesetzt haben, Dörfer in den ländlichen Räumen.

332 Die Tourismusbranche tendiert zunehmend zu naturnahem, kürzerem und mit begrenz-
333 teren Anfahrtswegen verbundenem Erleben. Der naturnahe Tourismus dient sowohl als

334 Naherholungsmöglichkeit für die Stadtbevölkerung, als auch zunehmend als echte Alter-
335 native zu herkömmlichen Urlaubsreisen.

336 Durch einen flächendeckenden Breitbandausbau, die Förderung regionaler, ökologischer
337 und artgerechter Tierhaltung, gezielte regionale Wirtschaftsförderung, den Ausbau regio-
338 naler Energiewirtschaft, die Stärkung nachhaltiger Forst- und Holzwirtschaft und die För-
339 derung von Naherholung und Tourismus wollen wir die ländlichen Räume noch stärker
340 machen. Mit der Gründung der Regionalagentur für die ländlichen Räume werden wir vor-
341 handene regionale Netzwerke stärken bzw. neue auf den Weg bringen.

342 Der Zugang zum schnellen Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Mit einem Tech-
343 nikiemix lösen wir unser Versprechen ein, Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens
344 50 Mbit/s für alle Haushalte in NRW bis zum Jahr 2018 zu gewährleisten. Neben dem Breit-
345 bandausbau in den ländlichen Räumen erhalten bis 2018 alle Gewerbegebiete Anschluss
346 an das schnelle und zukunftsfähige Glasfasernetz. Bis zum Jahr 2025 wollen wir einen
347 flächendeckenden Glasfaserausbau realisieren.

348 Dafür wollen wir neue Förderinstrumente entwickeln – unter anderem eine qualitative
349 Weiterentwicklung der Gemeindefinanzierung mit dem Ziel, die Landeszahlungen an Kom-
350 munen mit Ausbaubedarf zu erhöhen – und so die Breitbandförderung ausbauen. Zudem
351 wollen wir Kommunen bei der Gründung von Netzgesellschaften und Breitbandgenossen-
352 schaften beraten und unterstützen.

353 **Mobilität in den Ländlichen Räumen// Ländlicher Raum kommt** 354 **gut an**

355 Auch in den ländlichen Räumen besteht ein berechtigter Anspruch auf ausreichende Mo-
356 bilität. Wir wollen eine öffentliche Grundversorgung sichern – besonders dort, wo indivi-
357 duelle Mobilität nicht weiterhilft. Wo immer möglich wollen wir Angebotsverbesserungen
358 im regionalen Schienenverkehr auch durch Reaktivierungen stillgelegter Strecken sowie
359 durch Schnellbusse, die aus Nahverkehrsmitteln gefördert werden. Wir setzen uns für ein
360 abgestuftes Bedienungssystem ein, das die Haupttaxen stärkt und die ländlichen Räume
361 mit Rufbussen, Anruf-Sammel-Taxen und Bürgerbussen erschließt. Der Erhalt und die Op-
362 timierung des bestehenden Straßennetzes und die Nutzung der Potentiale des (elektro-
363 betriebenen) Fahrradverkehrs durch ein Ausbauprogramm von Radwegen und Vernetzung
364 mit dem ÖPNV in ländlichen Räumen sind weitere Ziele.

365 **Ländlicher Raum – das wollen wir GRÜNE**

- 366 • weitere Umschichtung von EU-Agrarmitteln in die zweite Säule, um bürgerschaftli-
367 che Engagement und Beteiligungsmöglichkeiten noch mehr zu stärken
- 368 • ein wohnortnahes Bildungsangebot in hoher Qualität
- 369 • unser Naturerbe erhalten und als Standortfaktor nutzen.

370 Europa

371 Die Europäische Union (EU) ist für uns verknüpft mit dem Gedanken an Freiheit und Vielfalt,
372 Frieden und Demokratie. Sie hat geholfen, jahrhundertealte Gegensätze und Konflikte zu
373 überwinden und einen geschichtlich einmaligen Frieden zu schaffen.

374 Nordrhein-Westfalen (NRW) profitiert besonders von den Vorteilen der europäischen Ver-
375 einigung in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Hier begann mit der Mon-
376 tanunion, mit der gemeinschaftlichen Kontrolle und Verwaltung von Kohle und Stahl, die
377 Einigung Europas. Durch unsere geographische Lage, durch unsere Nähe zu vielen eu-
378 ropäischen Staaten, liegen wir im Herzen Europas. Wir brauchen die Europäische Union,
379 denn Nordrhein-Westfalen kann in einer globalisierten Welt seine Interessen nur wirksam
380 wahrnehmen, wenn Europa geeint ist und nicht zerfällt. Leitbild ist für uns eine starke
381 Region NRW in einem demokratischen, transparenten, handlungsfähigen, stabilen und –
382 ökonomisch, ökologisch und sozial – nachhaltigen Europa. Geschlechtergerechtigkeit und
383 die Anerkennung der Vielfalt in der Bevölkerung sind für uns eine gesellschaftliche Grund-
384 bedingung.

385 In diesem Sinne pflegen wir schon seit Jahren gute Beziehungen mit unseren Nachbarn.
386 Die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg wollen wir weiter intensiv pflegen, vor
387 allem mit Belgien, den Niederlanden, Luxemburg sowie mit Frankreich und Polen.

388 Dabei wollen wir die Arbeit der Euregios weiterhin stark unterstützen, gerade um immer
389 noch bestehende bürokratische Hürden weiter abzubauen.

390 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

391 Seitdem GRÜN in NRW regiert, hat das Thema Europa an Bedeutung gewonnen. Wir haben
392 die NRW-Landesvertretung in Brüssel zu einer starken und kompetenten Interessenver-
393 tretung weiterentwickelt, den Landtag in seinen Informations- und Beteiligungsrechten
394 gestärkt und die europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit ausgebaut.

395 Mit Blick auf die Arbeitsprogramme der EU-Kommission wurden jährliche europapolitische
396 Prioritäten des Landes erstellt. So konnten wir die Europaarbeit auf die für NRW beson-
397 ders wichtigen Themen fokussieren. Vor allem den Prozess der Neuaufstellung der EU-
398 Strukturpolitik haben wir aktiv begleitet. In der Förderperiode 2014-2020 stehen nun ins-
399 gesamt 2,58 Milliarden Euro aus Mitteln der EU-Strukturfonds zur Verfügung, die jeweils
400 vom Land, den Kommunen oder anderen an den Programmen beteiligten Akteuren mit
401 zusätzlichen Mitteln aufgestockt werden. Dazu möchten wir zukünftig besonders struktur-
402 schwache Regionen, die bisher wenig von den Strukturfonds profitieren konnten, stützen.
403 Dies kann und muss ein zentrales Anliegen sein, dass dem genuinen Ziel der Förderung
404 entspricht.

405 Wir haben dafür gesorgt, dass die Arbeit im Ausschuss der Regionen gestärkt wurde und
406 konsequent mit allen anderen Landesinteressen verknüpft wurde. Es ist uns gelungen die
407 Interessen der regionalen und lokalen Ebene zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass das
408 „Europa der Regionen“ an Kontur gewinnt

409 Ziel des Subsidiaritätsprinzips ist es, politische Entscheidungen und Kompetenzen auf der-
410 jenigen Ebene angesiedelt werden, wo sie am sinnvollsten bearbeitet und entschieden
411 werden können. Nicht alles kann und soll in Brüssel entschieden werden, viele Entschei-
412 dungen sind besser vor Ort zu treffen. Gleichzeitig gilt es gemeinsame Standards euro-
413 paweit verbindlich festzulegen, aber so, dass sie vor Ort angemessen umgesetzt werden
414 können. Um die Kommunen vor Einschränkungen bei der Daseinsvorsorge zu schützen, ha-
415 ben wir Gespräche mit Bund, Ländern, anderen Regionen in Europa und EU-Vertreter*innen
416 geführt. So konnten wir dazu beitragen dass die Spielräume für die öffentliche Daseins-
417 vorsorge (v. a. Wasserversorgung) bei der Reform des europäischen Vergaberechts erhal-
418 ten blieben. Auch bei den Verhandlungen zu den EU-Handelsabkommen TTIP, CETA und
419 TiSA haben wir uns dafür eingesetzt, dass die kommunale Gestaltungshoheit nicht einge-
420 schränkt wird.

421 Gleichzeitig haben wir die Europaaktivitäten in den Kommunen gestärkt. Besonders aktive
422 Kommunen in NRW werden nun für ihre Arbeit ausgezeichnet, um so ihrem Handeln einen
423 Vorbildcharakter zu verleihen.

424 Im Oktober 2013 wurde die Benelux-Strategie des Landes beschlossen und die Zusammen-
425 arbeit mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ausgeweitet. Auch die Zusammenar-
426 beit mit den NRW-Partnerregionen Nord-Pas de Calais (Frankreich) und der Woiwodschaft
427 Schlesien (Polen) wurde intensiviert.

428 **Das Schengen-Abkommen muss erhalten bleiben// NRW im Her-** 429 **zen Europas**

430 NRW ist Einwanderungsland. Kaum ein deutsches Bundesland liegt so zentral im Herzen
431 Europas – und nicht nur das. Viele Menschen, die in NRW leben, haben europäische Wur-
432 zeln und leben entweder bereits seit Generationen bei uns oder sind erst seit wenigen
433 Wochen in unserer Mitte. Für uns ist klar: egal wie lange er hier lebt, jeder Mensch soll in
434 NRW die gleichen Rechte besitzen. Dazu zählt für uns insbesondere die Einführung eines
435 Wahlrechtes für EU Bürger*innen auf der Landesebene.

436 Reisende freuen sich über offene Grenzen und auch Waren und Güter können Dank des
437 Schengen-Abkommens einfacher von A nach B transportiert werden. Gerade NRW profitiert
438 enorm von den offenen Grenzen. Diese wollen wir keinesfalls zur Disposition stellen.

439 **Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union**

440 Europa beginnt nicht erst in Brüssel, es entsteht vor Ort: in den Kommunen und in den
441 Regionen. Hier müssen wir gemeinsam den Funken eines friedlichen und nachhaltigen
442 Europagedankens zünden und vor dem Erlöschen bewahren. Dafür müssen wir das Ver-
443 trauen aller Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinschaftsprojekt Europa erhalten. Neben
444 einer europapolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gehört für uns dazu, dass wir
445 in allen wichtigen Belangen alle Akteurinnen und Akteure aktiv einbinden. Nicht die Po-
446 litik muss mit der Politik vernetzt sein, Politik muss vor allem mit ihren Bürgerinnen und
447 Bürgern vernetzt sein.

448 Vor Ort in NRW organisieren die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben im Alltag und
449 treffen Maßnahmen für ihre Daseinsvorsorge, also beispielsweise Wasserversorgung oder
450 Abfallentsorgung. Dafür gibt es viele Fördermöglichkeiten der EU und auch gemeinsame
451 Rechtsnormen. Wir wollen, dass in der Europäischen Union den Kommunen künftig mehr
452 Beachtung geschenkt und ihre Selbstverwaltung gestärkt wird.

453 Entscheidungen sollen möglichst bürgernah fallen. Nicht alles muss von der EU entschie-
454 den werden, vieles kann vor Ort besser entschieden werden. Deshalb treten wir für die
455 Subsidiarität ein. „Mehr Europa“, das heißt für uns, die EU stärker machen, wo gemein-
456 sames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Es bedeutet nicht, dass wir möglichst viele
457 Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagern wollen. Eine zentralistische EU, die
458 bis ins Kleinste vorschreibt, was andere tun oder lassen sollen, untergräbt die Entschei-
459 dungsspielräume der demokratisch legitimierten Räte und Parlamente, auch auf kommu-
460 naler Ebene. Vieles kann besser vor Ort, näher an den Bürger*innen entschieden werden.
461 Nichts anderes besagt das Prinzip der Subsidiarität, dem auch die EU verpflichtet ist. Des-
462 halb wollen wir das Prinzip der Subsidiarität und der Subsidiaritätskontrolle durch bessere
463 Vernetzung mit anderen Bundesländern und den Kommunen stärken. Die Bürger*innen in
464 Nordrhein-Westfalen leisten durch ihre intensiven Kooperationen auf den verschiedens-
465 ten Ebenen bedeutende Beiträge zur europäischen Integration. Gerade die vielen (Städte-,
466 Schul- und Vereins-)Partnerschaften sind ein Grundstock für eine funktionierende, euro-
467 päische Zivilgesellschaft. Um die rechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches
468 Engagement über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu verbessern, setzen wir uns für
469 die Schaffung eines Europäischen Vereinsstatuts ein, damit europäische Bürger*innen sich
470 auch in grenzüberschreitenden europäischen Vereinen organisieren können.

471 Europäische Flüchtlings- und Integrationspolitik// Integration 472 statt Abschottung

473 Wir wollen dazu beitragen, dass Vorurteile gegenüber Zuwanderer*innen abgebaut wer-
474 den und dass die Einwanderungs- und Asylpolitik der EU menschenrechtsorientiert wei-
475 terentwickelt wird. Es ist ein Skandal und ein Ausdruck politischen Versagens, dass jedes
476 Jahr tausende Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken und Menschen ihr Leben aufs Spiel
477 setzen müssen, wenn sie Europa erreichen wollen. Wir wollen legale und gefahrlose Zu-
478 gangsmöglichkeiten nach Europa schaffen. Die EU muss ein Schutzraum für Geflüchtete
479 werden.

480 Dazu muss das Dublin-System reformiert und ein solidarischer Verteilmechanismus für
481 Geflüchtete eingeführt werden. Übergreifend muss eine europäische Asylagentur aufge-
482 baut werden, damit europaweit einheitlich gute Mindeststandards für Asylverfahren und
483 die Unterbringung von Geflüchteten geschaffen werden können. Denn eine Lösung der
484 Flüchtlingsfrage kann nur eine europäische Lösung sein. Die auf europäischer Ebene be-
485 reitgestellten Mittel müssen aufgestockt werden und den Mitgliedsstaaten mit besonders
486 vielen Geflüchteten zu Gute kommen, ohne dass dies zulasten anderer Fonds geht.

487 **Nein zu den Gegnern der Europäischen Einigung**

488 Die Gefahr besteht, dass sich in NRW wie in anderen Teilen Deutschlands und in anderen
489 europäischen Ländern eine rechtspopulistische Partei etabliert. Die AfD kann das europa-
490 politische Klima bei uns auf Dauer vergiften. Sie lehnt nicht nur ein solidarisches Europa
491 ab, sondern steht für eine unsoziale Steuerpolitik im Inland, will den Ausbau Erneuerbarer
492 Energien behindern und spielt mit Ressentiments gegen Migrant*innen. Wir stehen und
493 streiten für ein europäisches Nordrhein-Westfalen, das weiß wo seine Zukunft liegt: In
494 einem demokratischen, solidarischen und ökologischen Europa.

495 **Nachhaltige Strukturpolitik// Für eine ökologische Strukturpoli- 496 tik**

497 Wir brauchen eine Ausrichtung der EU am Prinzip der nachhaltigen Entwicklung und eine
498 Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele in der EU, um die Menschen in Europa für
499 das europäische Projekt zurückzugewinnen.

500 Die EU muss ihrem Anspruch gerecht werden, Vorreiter beim Klimaschutz zu sein und
501 darf sich bei ihren eigenen Zielsetzungen nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner
502 beschränken. Sie muss zu einem Treiber des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der Ener-
503 gieeffizienz, der Netze und der Speichertechnologien werden. Besonders dort, wo sie heute
504 noch häufig Blockierer ist oder auf veraltete Technologien setzt, muss die EU sich bewe-
505 gen. Die Privilegierung der Atomindustrie über den Euratom-Vertrag muss ein Ende haben.
506 Insbesondere die besonders unsicheren Kraftwerksblöcke in Belgien müssen umgehend
507 abgeschaltet werden. Der Schutz von Menschen und der Umwelt geht nur transnational
508 und europäisch: Wir streben auch weiterhin einen gesamteuropäischen Atomausstieg an.
509 Wir werden uns für diese Ziele gemeinsam mit Akteuren aus der Grenzregion zu Belgien,
510 aber auch mit Partner*innen aus den Niederlanden einsetzen. Gleichzeitig werden wir den
511 belgischen Nachbarn Unterstützung bei der Absicherung der Versorgung nach Abschalten
512 der AKWs anbieten, u.a. durch eine weitere Netzverbindung nach Belgien.

513 **Europa – das wollen wir GRÜNE**

- 514 • offene Grenzen zwischen den EU-Staaten erhalten
- 515 • die Einwanderungspolitik der EU menschenrechtsorientiert weiterentwickeln
- 516 • eine nachhaltigere EU-Strukturpolitik
- 517 • die Europaaktivitäten von Kommunen und Land ausweiten.

518 Eine Welt

519 Wir übernehmen Verantwortung über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus. Wir
520 GRÜNE stehen hinter dem Gedanken einer dauerhaften gemeinsamen Verantwortung aller
521 Staaten und Regionen für eine eng verflochtene Welt. Dieses Verständnis bestimmt unser
522 Handeln und schärft unseren Blick auf Entscheidungen, die wir in NRW treffen, deren Aus-
523 wirkungen aber nur selten auf unser Land beschränkt sind.

524 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

525 Im Dezember 2012 wurde die „Eine-Welt-Strategie NRW“ beschlossen. Sie setzt Impulse
526 für eine nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung und verpflichtet alle Ministerien
527 auf eine gemeinsame Eine-Welt-Politik des Landes. NRW ist mit seiner Nachhaltigkeits-
528 strategie in Deutschland Vorreiter in der Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele
529 (Sustainable Development Goals – SDGS), die im September 2015 in New York verab-
530 schiedet wurden. Somit wird die nachhaltige Bekämpfung von globaler Ungerechtigkeit
531 und Armut auch aus NRW vorangetrieben.

532 Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz haben wir die faire und umweltfreundliche Be-
533 beschaffung ausgebaut. Darüber hinaus haben wir das Projektbüro für nachhaltige und faire
534 Beschaffung, „newtrade.nrw“, gegründet; die Messe „FAIR FRIENDS Dortmund!“ wird wei-
535 terhin vom Land unterstützt. Wir haben die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW
536 ausgebaut. So haben wir die Kürzungen aus dem NRW Promotorinnenprogramm zurück-
537 genommen und den Etat deutlich erhöht.

538 Wir haben die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gestärkt. Die nordrhein-
539 westfälischen Kommunen unterstützen wir in ihrem entwicklungspolitischen Engagement.
540 Die Förderung konzentriert sich dabei auf „Kommunale Entwicklungspartnerschaften“ und
541 die „Durchführung entwicklungspolitisch relevanter Projekte im Ausland“.

542 Stärkere Förderung für den Bereich „Eine-Welt-Politik“//NRW 543 als Teil der „Einen-Welt“

544 NRW muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. In den nächsten Jahren
545 werden wir daher die Mittel für den Eine-Welt-Bereich aufstocken. Darüber hinaus ist es
546 unser Ziel, Wirtschaft, Handel und Investitionen nachhaltig zu gestalten. Die Partnerschaft
547 zwischen dem Land NRW und dem Staat Ghana wollen wir fortführen und dort Projekte im
548 Bereich der Frauenförderung, der erneuerbaren Energien und der Inklusion verstärkt för-
549 dern. Wir werden die seit Jahrzehnten bestehende Kooperation zwischen den zivilgesell-
550 schaftlichen Akteuren in NRW und Südafrika weiter fördern und unterstützen. Vor allem
551 werden wir Umweltaktivist*innen und die zivilgesellschaftliche Opposition zum Kohle-
552 bergbau Südafrikas bestärken. Südafrika ist weltweit der siebtgrößte Kohleexporteur, die
553 Folgen für die Gesundheit der dort lebenden Menschen sind nicht hinnehmbar. Wir wol-
554 len in Kooperation mit südafrikanischen und deutschen Organisationen einen Beitrag zur
555 Bekämpfung dieser Folgen leisten.

556 Nachhaltigkeit//Nachhaltige Politik in NRW verankern

557 Auf dem historischen Sondergipfel der UN in New York am 15. September 2015 wurden
558 die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele beschlossen. Alle Staaten haben sich dazu verpflicht-
559 tet, die Ziele zu implementieren und gemeinsam eine nachhaltige Entwicklung sicher-
560 zustellen. Somit ist das klassische Konstrukt der Entwicklungspolitik – dass sich die so
561 genannten Entwicklungsländer nach dem Vorbild der Industrieländer entwickeln – auf-
562 gebrochen. Alle Staaten müssen Verantwortung übernehmen und sich weiterentwickeln.
563 Globale Verantwortung beginnt vor Ort. Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung
564 und die globalen Nachhaltigkeitsziele haben den internationalen Aktivitäten des Landes
565 NRW einen neuen Rahmen gegeben. NRW ist mit seiner im Juni 2016 verabschiedeten
566 Nachhaltigkeitsstrategie Vorreiter bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele
567 in Deutschland. Zusätzlich wollen wir die Nachhaltigkeit als Ziel in die Verfassung des
568 Landes NRW aufnehmen.

569 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes ein. Wir
570 wollen die Bundesstadt Bonn auch weiterhin als UN-Standort und als Sitz wichtiger In-
571 stitutionen in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, internationale Zusammenar-
572 beit und nachhaltige Entwicklung, Gesundheit, Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft
573 und Ernährung, Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste und Kultur stär-
574 ken. Wir werden uns für einen verstärkten Austausch zwischen den UN-Organisationen
575 und NRW-Akteuren engagieren, um zum einen in NRW stärker von den Erkenntnissen der
576 UN zu profitieren, aber zum anderen auch den UN-Organisationen Einblicke in praktische
577 Erfolge und Herausforderungen vor ihrer Haustür zu ermöglichen.

578 Grundsätzlich wollen wir in allen Bereichen der Außenbeziehungen darauf hinwirken, dass
579 die Partner Menschen- und Minderheitenrecht ebenso wie Umweltstandards, Geschlech-
580 tergerechtigkeit und freie Meinungsäußerung achten und beachten. So wollen wir die
581 NRW-Außenwirtschaftsförderung, die Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist und
582 die öffentliche Beschaffung des Landes nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und
583 Menschenrechte ausrichten.

584 Denn NRWs internationale Verantwortung beruht auch darauf, dass die traditionell
585 energie- und ressourcenintensive nordrhein-westfälische Wirtschaft stark in internatio-
586 nale Wirtschaftskreisläufe eingebunden ist. Wir werden deshalb die universellen Ziele der
587 UN in allen außenwirtschaftlichen Aktivitäten und Partnerschaften des Landes berücksich-
588 tigen und diesen Ansatz auch in einer neuen Eine-Welt-Strategie des Landes festschrei-
589 ben.

590 Durch hohe Standards in öffentlichen Ausschreibungen, auf Grundlage des novellier-
591 ten Tariftreue- und Vergabegesetzes, setzen wir auf die Einhaltung von Menschenrech-
592 ten und Umweltstandards in den internationalen Lieferketten. Schon jetzt haben wir im
593 Bundesvergleich die besten Regeln zum Schutz der ILO-Kernarbeitsnormen. Wir werden
594 das Tariftreue-Vergabegesetz noch verbindlicher ausgestalten. Wir setzen uns zudem für
595 Transparenz und mehr Informationen für Kommunen ein, damit auch für sie bei einer Auf-
596 tragsvergabe schneller nachvollziehbar wird, wie ein Produkt hergestellt wurde. Der Aus-
597 tausch zwischen den Kommunen und unter den Ländern muss stärker gefördert werden.

598 Die bestehenden Behörden müssen prüfen ob ILO-Kriterien eingehalten werden. Wir wol-
599 len den Absatz und Konsum fair gehandelter Produkte fördern und so zur Achtung der
600 Menschen- und Arbeitnehmerrechte in der Produktion beitragen.

601 Den Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) werden wir ausbauen. Auch
602 die Bildungsprogramme des Eine-Welt-Netzes wollen wir so ausweiten, dass zukünftig
603 mehr Zielgruppen erreicht werden können. Auf diesem Weg können wir über Fluchtur-
604 sachen aufklären und den Menschen in NRW bewusst machen, dass kein Mensch seine
605 Heimat ohne Grund verlässt.

606 Auch internationale Austauschprogramme, wie den konkreten Friedensdienst, wollen wir
607 ausbauen. Wir begrüßen, dass mit Programmen wie Erasmus+ ein Schritt in die richtige
608 Richtung gegangen wurde, um internationalen Austauschprogramme auch außereuropä-
609 isch auszuweiten. Gerade mit Blick auf die Eine Welt gilt es, auch Menschen aus ärmeren
610 außereuropäischen Ländern nach NRW zu bringen – seien es Schüler*innen, Auszubil-
611 dende, Studierende oder Menschen, die im Beruf stehen und die die in NRW ansässigen
612 Träger, die Freiwilligendienste anbieten, darin zu unterstützen, auch Freiwillige aus dem
613 nichteuropäischen Ausland einzusetzen.

614 Internationales & Frieden// NRW als Friedensakteur

615 Ob Krieg, Hunger oder fehlende Perspektiven – neben dem kurzfristigen Ziel, Menschen in
616 Not zu helfen, müssen wir langfristig auch die Fluchtursachen bekämpfen. Dazu gehören
617 Klimakatastrophen, Menschenrechtsunterdrückung, Kriege, Ressourcenknappheit und Ver-
618 folgung. NRW muss seinen seine Aktivitäten im Bereich der Humanitären Hilfe ausbauen
619 und Hilfsprojekte in Krisen- und Konfliktländern stärker vorantreiben. Wir setzen uns für
620 eine selbstbestimmte Migration von Menschen ein, die nicht aus der Not heraus geschieht.
621 NRW soll sich auch langfristig für Frieden einsetzen. Dafür sollen die hier ansässigen wich-
622 tigen Forschungseinrichtungen und Think Tanks wie BIC, INEF und DIE verstärkt gefördert
623 werden. Wir wollen so weiterhin dafür Sorge tragen, dass die internationale Expertise in
624 NRW international stark ist.

625 Eine Welt – das wollen wir GRÜNE

- 626 • Nachhaltigkeit als Ziel in die Landesverfassung aufnehmen
- 627 • Die internationalen Partnerschaften des Landes in den Bereichen Klimaschutz, er-
628 neuerbare Energien, Frauenförderung und Inklusion wollen wir ausbauen und stär-
629 ken.

630 Medien

631 NRW ist das Film- und Medienland Nr. 1 – wir wollen, dass das so bleibt. In den letzten
632 Jahren ist es uns gelungen, den Haushalt im Medien Bereich zu stabilisieren. Wichtige
633 Aufgaben waren darüber hinaus die verstärkte Förderung der Internationalen Filmschule
634 in Köln (ifs) und des Grimme-Instituts in Marl.

635 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

636 Durch die Novelle des Landesmediengesetzes haben wir für mehr Transparenz und mehr
637 Teilhabe gesorgt. Entscheidend hierbei war die erstmalige Durchführung eines erfolgrei-
638 chen Online-Konsultationsprozesses. Weitere Erfolge sind die Stärkung des Bürgerfunks
639 durch ein Bekenntnis zum „Zwei-Säulen-Modell“ und die Beibehaltung von Redaktionen
640 mit lokalem Bezug. Gerade, weil viele Printmedien ihre Lokalredaktionen in den letzten
641 Jahren aufgeben mussten, sind der Erhalt und die Weiterentwicklung von lokalen Radio-
642 programmen von hoher Bedeutung, insbesondere auch im Hinblick auf audiovisuelle Be-
643 richterstattung im Netz.

644 Bei der Änderung des WDR-Gesetzes haben wir weder dem WDR (mit Blick auf die Reduzie-
645 rung der Werbezeit), noch den Verleger*innen (mit Blick auf die Unabhängigkeit des WDR)
646 nachgegeben. Stattdessen konnten wir die Gremien stärken, für mehr gesellschaftliche
647 Teilhabe sorgen, Kontrolle sichern und die Transparenz der Prozesse erhöhen.

648 Gemeinsam mit den anderen Bundesländern ist uns zudem eine erfolgreiche Umstellung
649 von der gerätebezogenen Rundfunkgebühr auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbei-
650 trag gelungen. Es konnte ein neues Online-Jugendangebot von ARD und ZDF geschaf-
651 fen werden. Zudem wurde die 7-Tage-Regelung (Löschfristen für Mediathek-Inhalte) ab-
652 geschafft.

653 **Medien- und Meinungsvielfalt // NRW bleibt Medienland Num-**
654 **mer 1**

655 Für uns ist klar: Die Film- und Medienstiftung NRW GmbH ist das medienpolitische Flaggschiff
656 unseres Landes und muss weiter ausgebaut und unterstützt werden, vor allem,
657 da sie von einer revolvierenden Förderung profitiert: Es fließen für jeden einzelnen Euro
658 Filmförderung immer mindestens 1,50 Euro an Investitionsmitteln nach NRW zurück.
659 Um das Filmland NRW weiter zu stärken, setzen wir uns für eine maßvoll aufwachsende
660 Förderung bis 2022 ein. Freie Mitarbeit, Outsourcing, und Leiharbeit für Webvideo-
661 Vermarktungsunternehmen – prekäre Arbeitsbedingungen sind in der Medienbranche weit
662 verbreitet. Mit verstärkten Anreizen wollen wir, dass bei Filmförderungen und beitragsfi-
663 nanzierten Auftragsproduktionen nur noch fair bezahlende Unternehmen berücksichtigt
664 werden, wenn sie in den Genuss öffentlicher Mittel kommen wollen.

665 Außerdem soll künftig bei der Vergabe von Filmfördermitteln darauf geachtet werden,
666 dass so CO²-neutral und so umweltgerecht, ressourcenschonend und nachhaltig wie mög-
667 lich produziert wird, und damit Initiativen wie z.B. die „greenfilminitiative“ mehr und mehr
668 Unterstützung finden.

669 Die Sicherung von Medienkompetenz sowie der Presse- und Meinungsvielfalt, zum Bei-
670 spiel durch einen „Medienfonds 2025“, erfordern politischen Gestaltungswillen und per-
671 spektivisch eine deutliche Stärkung des Medienetats. Auch die neue Stiftung „Vor Ort NRW
672 LfM-Stiftung für Lokaljournalismus“, das Grimme-Institut sowie ein starkes und zukunfts-
673 fähiges Medienforum NRW, und ein Programm „Digitales NRW 2030“, das insbesondere

674 die Sicherung der Medienvielfalt zum Thema hat, sind ohne ein verstärktes landesseitiges
675 Engagement nicht erfolgreich zu erhalten.

676 Wir GRÜNE wollen das bewährte Verteil-System des Pressegrasso erhalten, damit auch
677 künftig Meinungsvielfalt auch per Print im ganzen Land möglich bleibt und nicht einzelne
678 Verlage über ein eigenes Verteilsystem allein bestimmen, wer wo was an medialem Ange-
679 bot jenseits des Digitalen vorfindet. Wir GRÜNE setzen uns für ein zeitgemäßes Urheber-
680 recht ein, das eine gerechte Vergütung sichert, kreatives Schaffen und wissenschaftliche
681 Arbeit erleichtert und die Kriminalisierung von Nutzer*innen verhindert und den Abmahn-
682 missbrauch beendet.

683 Wir GRÜNE wollen, dass auch in der Film- und Medienförderung in NRW – wie auch bei
684 der Kulturförderung – künftig verstärkt die drei „I“ – Identität, Inklusion und Interkultur –
685 noch stärker berücksichtigt werden

686 **Bürgermedien// Vielfältige Medienarbeit**

687 Dass Medienkompetenz und Medienvielfalt auch in der nächsten Legislaturperiode ihren
688 festen Platz in der Medienpolitik haben, ist für uns ebenso selbstverständlich, wie die
689 Tatsache, dass wir uns auch zukünftig für mehr Bürgermedienarbeit stark machen. Daher
690 werden wir entsprechende Medienangebote, inklusive des Bürgerfunks, erhalten und die
691 Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen.

692 **Rundfunk // Zukunft des Rundfunks**

693 Nordrhein-Westfalen soll auch Digitalradio-Land Nr. 1 werden. Nur durch eine zukunfts-
694 fähige digitale Technik wie DAB+ kann der hohe Standard beim Hörfunk in unserem Land
695 bestehen bleiben. Dabei muss das bewährte Zwei-Säulen-Modell mit der besonderen Kon-
696 struktion des NRW-Lokalfunks (Kooperation von Veranstaltergemeinschaft und Betriebs-
697 gesellschaft) bei über 45 Lokalsendern landesweit langfristig und zukunftssicher erhalten
698 bleiben. In enger Abstimmung mit dem Landessender WDR wollen wir zu diesem Zweck
699 über kooperative und langfristige Lösungen beraten.

700 Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk insgesamt und
701 zum NRW-Landesender WDR im Besonderen. Gerade wegen seines umfangreichen
702 gesellschafts- und kulturpolitisch relevanten Angebots – der WDR ist z.B. der größte För-
703 derer von Musikveranstaltungen in NRW und leistet seit Jahrzehnten vorbildliche Integra-
704 tionsarbeit – ist das Angebot des WDR unverzichtbar.

705 Weitere Einschnitte beim interkulturellen Programm des Westdeutschen Rundfunks leh-
706 nen wir ab, vielmehr ist es unser Ziel, nach einer Evaluationsphase die Wiederbelebung
707 bislang erfolgreicher Formate der Vergangenheit bei entsprechendem Bedarf wieder ein-
708 zufordern.

709 Für GRÜNE gehören die kritische und aufklärerische Berichterstattung, der investigative
710 Journalismus und die Meinungsvielfalt zum Wesen der Arbeit des Öffentlich-Rechtlichen
711 Rundfunks und insbesondere des WDR.

712 Damit dieser auch in Zukunft dazu in der Lage ist, muss der WDR verstärkt auf die vom
713 Bundesverfassungsgericht auferlegte Bestands- und Entwicklungs-Garantie pochen. Un-
714 sere vielfältige und bunte Gesellschaft ist auf journalistisch und gestalterisch hochwertig
715 produzierte Inhalte angewiesen, gerade auch im Netz. Mit einem faktischen Einstellungs-
716 stopp ist auch der WDR nicht in der Lage, auf den veränderten Medienkonsum, insbeson-
717 dere beim jungen Publikum, mit ausreichend qualitativen und ansprechenden Angeboten
718 zu reagieren. Wir GRÜNE wollen, dass auch der WDR sein Angebot und seinen Platz im
719 Internet noch stärker und vielfältiger zukunftsfest gestalten kann.

720 **Medien – das wollen wir GRÜNE**

- 721 • Identität, Inklusion und Interkultur als Säulen der Medienarbeit stärken
- 722 • Bürgermedienarbeit erhalten und Teilhabe weiterentwickeln
- 723 • Das Filmland NRW stark halten und Vorreiter beim digitalen Rundfunk werden.

724 **Kultur**

725 Kultur und Kunst sind ein zentraler Teil des Lebens: Im Land, in den Kommunen, in den
726 Schulen und in freien Angeboten. Wir GRÜNE stehen für die Realisierung der UN-Charta
727 „Kulturelle Teilhabe als Menschenrecht“ durch Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung
728 der kulturellen Vielfalt und deren Infrastruktur. Dazu braucht es unterstützende Rahmen-
729 bedingungen für Kunst- und Kulturschaffende, die Möglichkeit für alle Menschen kultu-
730 relle und künstlerische Angebote wahrzunehmen und das Anerkennen kultureller Vielfalt
731 als Gewinn und Bereicherung.

732 Wir Grüne stehen dafür, dass die Freiheit der Kunst nicht der Wirtschaftlichkeit unterstellt
733 wird. Künstlerische und kulturelle Freiräume müssen erhalten werden.

734 Identität, Inklusion und Interkultur sind zentrale Aufgaben für die politische Kulturarbeit
735 der kommenden Jahre. Nur so kann erfolgreiche Integration der verschiedenen gesell-
736 schaftlichen Gruppen gelingen. Eine wesentliche, gerade im letzten Jahr sehr akut gewor-
737 dene Aufgabe liegt in der Einbindung der vor Krieg und Verfolgung geflüchteten Menschen.
738 Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund, die teilweise schon seit Jahren und Jahr-
739 zehnten in NRW leben, können über eine gute Kulturarbeit und kulturelle Angebote noch
740 besser am gesellschaftlichen Leben beteiligt werden.

741 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

742 Es ist uns gelungen, bestehende Einrichtungen des Landes und Großangebote – vom Fes-
743 tival der freien Szene „Impulse-Theater-Festival“ bis zur Ruhrtriennale – zu sichern und
744 ihren Erhalt zu gewährleisten. Durch das Kulturfördergesetz NRW, dessen Entstehung von
745 einem erfolgreichen und regen Beteiligungsprozess im Gesetzgebungsverfahren begleitet

746 wurde, haben wir wichtige Signale in Richtung der Kulturszene gesetzt. Auch die Aufstel-
747 lung des mehrjährig verbindlichen Kulturförderplans für NRW war eine Wegmarke und
748 Vorbild für die gesamte Bundesrepublik.

749 Ähnliches gilt für den Kulturrucksack, den wir in Kooperation mit 220 NRW-Kommunen
750 geschnürt haben, um die kulturellen Bildung in NRW zu stärken. Damit verfolgten wir die
751 gleiche Zielsetzung wie durch die Weiterführung des Programms „Kultur und Schule“ mit
752 landesweit 7.847 Projekten und die Weiterentwicklung des Programms „JeKi“ zum Pro-
753 gramm „Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen (JeKits)“ – im letzten Jahr waren daran
754 111 Kommunen mit 720 Grundschulen beteiligt. Diese Programme gilt es zu präzisieren
755 und passgenauer auszurichten, damit sie noch mehr Kinder und Jugendliche erreichen
756 können.

757 **Verlässliche Kulturförderung // Ein neuer Aufschlag für eine ver-** 758 **lässliche Kulturpolitik**

759 Ab 2017 brauchen wir kulturpolitisch einen neuen Aufschlag: mehr Förderverlässlichkeit,
760 Übertragbarkeit der Mittel und Rücklagenbildung und insgesamt mehr Förderung bei we-
761 niger Bürokratie. So ist es im deutschlandweit wegweisenden NRW-Kulturfördergesetz be-
762 reits angelegt.

763 Der Verfassungsauftrag des Landes NRW „Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land
764 und Gemeinden zu pflegen und zu fördern“ (Art. 18, Satz 1) verpflichtet Land und Kom-
765 munen, die Kulturförderung haushälterisch dauerhaft sicherzustellen. Kunst- und Kultur-
766 förderung des Landes sollen daher nicht nach Kassenlage, sondern gesellschaftspolitisch
767 verantwortungsvoll und bedarfsgerecht erfolgen. Damit tragen wir auch zu einer besseren
768 finanziellen Absicherung von Kunst- und Kulturschaffenden bei.

769 Diese „neue Verlässlichkeit“ kommt gerade auch den Kommunen in NRW zugute, die seit
770 Jahr und Tag mit über 80 Prozent den weitaus größten Teil der Kunst- und Kulturangebo-
771 te in NRW finanzieren und damit unserem Land die besondere Stärke als Kulturland mit
772 einem der dichtesten Kulturangebote weltweit erhalten.

773 **Kommunale Kulturpolitik // Kultur vor Ort**

774 Gerade deshalb gilt es auch, Hürden für die kommunale Kulturpolitik abzubauen. Kom-
775 munale Bibliotheken sollten – genau wie Theater, Museen, Kulturzentren und wissen-
776 schaftliche Bibliotheken – sonntags öffnen. Wir setzten uns dafür ein, die entsprechenden
777 Regelungen dafür zu verändern.

778 Kooperationsprojekte wie der „Theaterpakt“, aber auch Angebote wie der „Kulturrucksack“
779 und „JeKits“ oder „Schule und Kultur“ sollen verstärkt werden. Kinder- und Jugendkul-
780 turangebote bilden die Grundlage für ein langfristig vielfältiges und breit akzeptiertes
781 Kulturangebot in NRW.

782 Kultur ist auch Spiegelbild der Gesellschaft. Mit einer Diversity-Strategie in der Kulturpoli-
783 tik wollen wir dafür sorgen, dass die Kultur vielfältiger und bunter wird. Dementsprechend

784 sollen bei der Vergabe von Mitteln aus Kulturförderprogrammen Vielfaltsaspekte stärker
785 berücksichtigt werden. Daher stehen wir auch für stärkere internationale Vernetzung, in-
786 terkulturellen und kreativen Austausch.

787 Vom Schauspielhaus bis zum soziokulturellen Zentrum ist der Weg nicht weit. Ob Leer-
788 standsnutzung oder Freiraumbelebung, Kunst- und Kulturschaffende, Startups und Krea-
789 tive brauchen Plätze zur freien und größtenteils unwirtschaftlichen Auslebung der Indivi-
790 dualität und Kreativität. Dem muss vor Ort Raum gegeben werden. Wir GRÜNE setzen uns
791 für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen der Akteur*innen aus der Kul-
792 tur und Kreativwirtschaft ein. Es gilt, deren Aktivitäten und Veranstaltungen zu fördern.
793 Wir wollen die „Freie Szene“ weiterhin und verstärkt fördern. Dazu gehört auch, die Ar-
794 beit kommunaler Kulturbüros nicht aus den Augen zu verlieren und die Vernetzungsarbeit
795 unserer Landeskulturbüros weiter zu stärken.

796 **Teilhabe an Kultur // Kultur baut Brücken**

797 Die Teilhabe an Kunst, Kultur und Sport gehört für die meisten Menschen zu einem lebens-
798 werten Alltag. Um diesen Zugang zu gewährleisten, müssen immer wieder Barrieren über-
799 wunden und Brücken gebaut werden. Wir wollen Kunst und Kultur integrativ und inklusiv
800 ausgestalten. Dazu gehört es auch, kulturelle Angebote möglichst barrierefrei anzubieten
801 die interkulturelle Öffnung von Kulturangeboten zu fördern und Kooperationsprojekte zu
802 unterstützen. Insbesondere Museen sollten als selbstverständlicher Teil des öffentlichen
803 Raums wahrgenommen und genutzt werden.

804 Ermäßigungen in Museen, Theatern und Büchereien sind wichtig, um den Ausschluss gan-
805 zer Gruppen vom kulturellen Leben zu verhindern. Doch nicht immer werden diese An-
806 gebote angenommen. Das liegt auch daran, dass die Hemmschwelle, sich an der Kasse
807 gegenüber Fremden als „unterstützungsbedürftig“ zu outen, sehr hoch ist. Gerade deshalb
808 haben Projekte eine große Bedeutung, die auf von Armut betroffene Menschen zugehen
809 oder sie direkt einbeziehen. Auch Kinder- und Jugendliche sollten verstärkt die Möglichkeit
810 haben, kostenlos Kultureinrichtungen zu besuchen.

811 Insgesamt gilt auch kulturpolitisch: für die Angebote für Kinder und Jugendliche bis ins ho-
812 he Alter, für die Unterstützung der kommunalen Kulturförderung und für die Verstetigung
813 der Förderung unserer Landeskultureinrichtungen müssen wir noch erheblich mehr tun.
814 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, den NRW-Kulturretat bis zum Jahr 2022 jährlich maßvoll
815 zu erhöhen, damit wir auch kulturpolitisch den neuen gesellschaftspolitischen Herausfor-
816 derungen gewachsen sind.

817 **Denkmalschutz // Denkmalschutz stiftet Identität**

818 Gerade in Zeiten der Globalisierung suchen die Menschen identitätsstiftende Orte in ihrem
819 näheren Umfeld, wollen genauer wissen, was alt und bedeutend, also heimatprägend ist.
820 Mit der Umstellung auf die Darlehensförderung der NRW.Bank sind die Landeszuschüs-
821 se erheblich gekürzt worden. Das war falsch. Deshalb setzen wir uns für eine maßvolle
822 Ausweitung der Denkmalfördermittel bis 2022 ein. Insbesondere die Kommunen müssen

823 entlastet werden. Mit seinem frühen Denkmalförderschutzgesetz, seinen Schwerpunkten
824 auf Archäologie und Landesdenkmalpflege lag Nordrhein-Westfalen viele Jahre auf dem
825 Spitzenplatz, wenn es um nachhaltigen und erfolgreichen Denkmalschutz ging. Zu diesem
826 NRW-Standard im Denkmalschutz, der bundesweit Maßstäbe gesetzt hat, wollen wir zu-
827 rückkehren. Uns ist dabei bewusst, dass es zu oft einen Konflikt zwischen dem Anspruch
828 der Barrierefreiheit und dem Denkmalschutz gibt. Auch wenn dieser Konflikt nie gänzlich
829 gelöst werden kann, setzen wir auf einen inklusiven Denkmalschutz.

830 **Popkultur in NRW wieder besser fördern**

831 DIE GRÜNEN wollen, dass in NRW eine strukturierte Förderung von Pop- und Rockmu-
832 sik stattfindet. Basierend auf konkreten Analysen soll eine Vision für eine effektive Pop-
833 kulturförderung in NRW erarbeitet werden, die auch eine einheitliche und aufeinander
834 aufbauende Strukturförderung zwischen den Bereichen Jugendkultur, Freizeitkultur und
835 Kreativwirtschaft vorsieht.

836 Durch konkrete Umsetzungsstrategien könnten bestehende Angebote wie popUp, crea-
837 te music, Evangelische Popakademie, die Populärbereiche der Musikschulen und c'o Pop,
838 etc., intensiver miteinander verknüpft werden. Zudem soll eine Informationsstruktur über
839 Förder- und Bildungsmöglichkeiten sowie über Berufsfelder in der Popkultur aufgebaut
840 werden.

841 Rock- und Popmusik an der Schnittstelle von Kultur- und Kreativwirtschaft müssen mit
842 gezielten Infrastrukturmaßnahmen eine verantwortungsvolle und nachhaltige Förderung
843 erfahren. Dabei stehen kleine und mittelgroße Live-Musik-Spielstätten und ihre Sicherung
844 im Fokus.

845 **Kultur – das wollen wir GRÜNE**

- 846 • Künstlerinnen und Künstler stärken
- 847 • kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche verstetigen
- 848 • Denkmalschutz wieder stark machen
- 849 • Kultur mit Identität, Inklusion und Interkultur verknüpfen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand